

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich .00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgelappte Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 298.

Donnerstag, den 20. Dezember 1917.

24. Jahrg.

## Volk und Friedensschluß.

„Du Deine endgültige Entscheidung für den Frieden oder für die Fortsetzung des Krieges trifft — die letztere würde von weitreichenden Folgen sein, die in ihrem Ergebnisse schwer vorzusehen sind und unzählige Menschenleben, Blut und Geld kosten — wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Frage erst der Großen Duma vorlegen würdest. Da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Rußlands. Wenn sie sich für den Frieden entscheidet, so bist Du durch das Volk ermächtigt, auf Grund der Deinen Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschläge, Frieden zu schließen. . . . Niemand in Deiner Armee, in Deinem Lande oder der übrigen Welt hätte ein Recht, Dich für diese Handlung zu tadeln. . . . Ich würde an Deiner Stelle nicht diese erste und günstige Gelegenheit vorbeigehen lassen, mit dem Empfinden und Willen Deines Landes in bezug auf Krieg und Frieden enge Fühlung zu gewinnen, indem Du dem russischen Volke die langgewünschte Möglichkeit gibst die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen oder an dieser Entscheidung teilzunehmen, wozu es ein positives Recht hat. . . . Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind in ihren Folgen so furchtbar ernst und so weitreichend, daß es ganz unmöglich für irgend einen sterblichen Herrscher ist, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen, ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes!“

So hieß es in der Depesche Wilhelms II. vom 20. August 1905 an den russischen Zaren, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ jüngst im September veröffentlicht hat. Nach der deutschen Reichsverfassung ist der Friedensschluß Sache des Kaisers. Trotzdem unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß Wilhelm II., gemäß der Einsicht, die er bereits im Jahre 1905 besaß, keinen Frieden schließen oder verwerfen wird, ohne sich der Zustimmung des Volkes zu seiner Entscheidung zu vergewissern.

Die Vorbereitungen für den Friedensschluß mit Rußland sind nunmehr im vollen Gange. Der Reichsanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen sind zunächst nach dem großen Hauptquartier gefahren, um sich dort noch einmal mit den Führern des Heeres über die Grundlagen des Friedens in Üben zu verständigen. Wenn sie am Donnerstag nach Berlin zurückkehren, werden sie die Führer aller Parteien ohne jede Ausnahme bei sich sehen und ihnen darlegen, in welchem Sinne sie die Verhandlungen fortzuführen gedenken. Je nach dem Inhalt dieser Mitteilungen werden sich dann die Parteiführer wohl darüber schlüssig werden, den Hauptauschuss und die Vollversammlung des Reichstages sofort oder später einzuberufen. Insofern sind die Dinge ordnungsmäßig im Gange.

Es wäre eine große Ueberraschung für die deutsche Sozialdemokratie und wohl für die ganze Welt, wenn Reichstagsmehrheit und deutsche Regierung sich nicht unzweideutig auf den Standpunkt stellen würden, das Schicksal der durch den Krieg in deutsche Gewalt geratenen Länder im Osten der freien Entscheidung ihrer eigenen Bewohner zu überlassen. Uns kann es letzten Endes ziemlich gleichgültig sein, ob Polen sich als Glied in die künstliche russische Föderativrepublik einfügen, ob es sich unter das Zepher der Habsburger stellen oder gänzlich unabhängig bleiben will. Ebenso gewiß scheint eine ganz überroße Mehrheit dafür gestimmt zu sein, daß Kurland und Litauen in ehrlicher freier Selbstentscheidung des ganzen Volkes über ihr eigenes Schicksal selbst bestimmen. In der Tat sind die verhandelten Lösungen, selbst wenn man nur das enge deutsche Eigeninteresse als Maßstab anlegt, für Deutschland sämtlich gleich vorteilhaft und gleich unbedeutend; Kurland und Litauen, so niedrig oder so hoch man ihren Wert schätzen mag, können jedenfalls nicht die Freundlichkeit Rußlands für lange Zeit aufwiegen oder gar die Fortsetzung des Krieges rechtfertigen.

Neben der allgemeinen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes sind in Polen, Kurland und Litauen deutsche Wirtschaftsinteressen wahrzunehmen: es ist zum Beispiel wünschenswert, die Möglichkeit zu sichern, daß deutsche Ansiedler, welche dies wünschen, in Kurland Land erhalten können. Aber es müßte sehr merkwürdig zusehen, wenn über diese Wirtschaftsfragen nicht ohne Mühe eine einseitige befriedigende Verständigung zu finden wäre. Insofern dürfte der Reichsanzler den Parteiführern schwerlich neue Geheimnisse anzuvertrauen haben und auch eine Ausdrucksweise im Hauptauschuss kaum viel an den gegebenen Richtlinien ändern. Aber die Sozialdemokratie ist keine Parlamentspartei, sondern eine Volkspartei; ihr Ziel sind nicht Privilegien der Abgeordneten, sondern Volksrechte. Ueber des ganzen Volkes Schicksal entscheidet der Friedensschluß, das ganze Volk muß an ihm mitwirken können.

Nun war während der Waffenstillstandsverhandlungen die Freiheit der Presse außerordentlich beschränkt. Denn der Waffenstillstand ist eine militärische Angelegenheit, und seine Behandlung unterlag infolgedessen den Einschränkungen, die während des Krieges für die öffentliche Erörterung militärischer Fragen bestehen. Friedensschluß aber ist keine militärische, sondern eine politische Sache, und da bekanntlich eine politische Zensur in Deutschland nicht mehr bestehen soll, muß die volle Freiheit der Erörterung der Friedens-

frage sobald hergestellt werden. Wir denken dabei noch weniger an das Recht der Zeitungen, Vorschläge für die Bestimmungen des Friedensvertrages zu machen und Kritik an der Haltung der Unterhändler zu üben, als vielmehr an die Freiheit des Nachrichtendienstes. Die gegenwärtige russische Regierung hat bereits angekündigt, daß sie über die Verhandlungen fortlaufend öffentlich berichten werde. Diese Berichte müssen der deutschen Presse ohne Verzögerung und Einschränkung genau so gut zur Veröffentlichung freistehen, wie die feindlichen Heeresberichte während des ganzen Krieges veröffentlicht werden konnten. Darin allein bestand die größere Freiheit in Deutschland während des Krieges als in Frankreich; denn nur dadurch wurde das deutsche Volk in-stand gesetzt, sich jederzeit ein ruhiges und objektives Urteil über die wirkliche Kriegslage zu bilden.

Werden die feindlichen Friedensberichte freigegeben, dann muß in ihrem eigenen Interesse auch die deutsche Regierung das Volk dauernd auf dem Laufenden halten. Dann haben wir statt der Geheimdiplomatie einen Friedensschluß unter wirklicher Anteilnahme der Völker. Jede Zensurauflage zum mindesten über die amtlichen Berichte der beiden unterhandelnden Länder muß fallen. Das ist das Mindestmaß an demokratischen Garantien, das wir für die Dauer der Friedensverhandlungen fordern. Die Erfüllung dieses Verlangens ist unendlich viel wichtiger, als die gelegentliche Heranziehung einzelner Parteiführer zu vertraulichen Besprechungen. Die Möglichkeit ehrlicher Information des ganzen Volkes allein ist Demokratie und kann den demokratischen Frieden bringen.

## Zu den Friedensverhandlungen.

An den Friedensverhandlungen in Brest Litowsk nehmen auf deutscher Seite u. a. noch der frühere Staatssekretär des Innern Dr. Clemens Delbrück und vom Auswärtigen Amte zur Unterstützung des Staatssekretärs von Kühlmann die Geheimräte Rosenbergs, v. Stockhammer, Simons und Schüler teil, ebenfalls Dr. Helfferich.

Reuter meldet aus Petersburg vom 17. Dezember: Staatssekretär Kühlmann und Graf Czernin luden Trotski ein, sich ebenfalls in Brest Litowsk einzufinden. Graf Czernin erklärte, daß man dort über den Ort einer allgemeinen europäischen Konferenz beraten könne.

Nach der „Kreuzzeitung“ ist man von polnischer Seite an die Regierungen in Berlin und Wien mit dem Ersuchen herangetreten, auch Vertreter des polnischen Volkes an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu lassen. Eine Entscheidung über das Ansuchen ist bisher nicht erfolgt.

Holländische Stimmen zum Abschluß des Waffenstillstandes. „Algemeen Handelsblad“ schreibt über den Waffenstillstand: Wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn bei den Verhandlungen mit Rußland eine weise Maßnahme an den Tag legen, kann die Friedensmöglichkeit nicht länger geleugnet werden. Unter den jetzigen Umständen wären Friedensverhandlungen, die auf die Errichtung eines Völkerbundes, Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne des Brieves Lansdownes abzielten, besser als die Knokout-Reden Lloyd Georges. Jetzt ist die Zeit gekommen, um den Völkerbund zu begründen.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Der ganze Vertrag ist von einem Geiste befeelt, aus dem hervorgeht, daß auf beiden Seiten der Wunsch, möglichst rasch zum Frieden zu gelangen, vorhanden ist. Es sind in dem Vertrage Bestimmungen enthalten, die geeignet sind, den Wiederbeginn eines Kampfes für später unmöglich zu machen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden die Friedensverhandlungen gelingen.

Die Friedensfrage im österreichischen Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Verhandlung der dringlichen Anfragen betr. die Friedensverhandlungen gab Ministerpräsident Seidler im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußeren eine Erklärung ab, in der er gegenüber der Aneuerung des Tschechen Standes, wonach dem Minister des Aeußeren den Friedensverhandlungen ein aus verschiedenen Nationalitäten Oesterreich-Ungarns zusammengesetzter Beirat beigegeben werde, feststellt, daß nach den verfassungsrechtlichen Einrichtungen die Vertretung bei den Friedensverhandlungen dem Minister des Aeußeren obliegt, der im Rahmen seiner Verantwortlichkeit und im Einvernehmen mit dem verantwortlichen Ministerpräsidenten beider Staaten der Monarchie diese Verhandlungen zu führen hat. Es würde dem Geiste der Verfassung aller konstitutionellen Staaten widersprechen, wenn die Regierung bei der Führung dieser Verhandlungen durch solche Beiräte kontrolliert würde. Dieser Anregung kann somit nicht näher getreten werden. Selbstverständlich ist jedoch, daß etwa abgeschlossene internationale Abmachungen, insofern sie nach der Verfassung der Genehmigung durch die gelegentlichen Körperschaften bedürfen, diesen zeitgerecht werden vorgelegt werden. Bei den Friedensverhandlungen werden selbstredend auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland eine Regelung erfahren. Die bevollmächtigten Vertreter Oesterreich-Ungarns werden bemüht sein, solche Abmachungen zu erzielen, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen Oesterreich-Ungarns voll und ganz gerecht werden. Die Befürchtung der Fiebererregung durch andere Mittelmächte liegt selbstverständlich außerhalb des Kreises aller Erwägungen.

In Beantwortung der Anfrage des Genossen Dr. Abler weist der Ministerpräsident auf das Ergebe des Minister des Aeußeren hin, daß die Regierung im Sinne der früheren Erklärungen bei den Friedensverhandlungen mit

Rußland von dem Grundsatz ausgehen wird, daß wir einen Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen mit Rußland zu schließen wünschen. Hinsichtlich der Grundsätze, nach welchen der Friede mit den übrigen feindlichen Staaten geschlossen werden soll, erklärte der Minister des Aeußeren, daß unser Streben darauf gerichtet ist, auf der gedachten Grundlage einen allgemeinen Frieden zu schließen, daß er aber nicht in der Lage sei, gegenüber solchen Feinden, die auch weiterhin auf der Fortsetzung des Krieges beharren sollten, diese selbstlosen Kriegsziele für alle Zukunft einseitig festzulegen. (Lebhafte Beifall und Handklatschen. Der Ministerpräsident wird beglückwünscht.)

Das Abgeordnetenhaus beendete die Verhandlungen der dringlichen Anfragen, betreffend die Friedensverhandlungen. Die Abgeordneten Wolff und Langenhan bekämpften die sozialdemokratisch tschechisch-ukrainischen Forderungen, wobei sie hauptsächlich das Verhalten der Tschechen während des Krieges kritisierten. — Der Christlich-Soziale Hausler betonte die Uebereinstimmung der Deutschen mit dem Programm des Grafen Czernin. Der Tscheche Klossac sprach einer Demokratie, welche den Weltkrieg nicht verhinderte, die Fähigkeit ab, Friedensverhandlungen zu führen. — Abgeordneter Seih (SD.) erklärte: Die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung bereit sei, einen Frieden auf der Basis „ohne Annexionen und Entschädigungen“ mit Rußland zu schließen, könne vollaus genügen. Mit dem zweiten Teile der Antwort sei Redner nicht einverstanden.

## Rußland vor dem Bürgerkrieg.

Ein Ultimatum der Maximalisten.

Zwischen dem Norden Rußlands mit seiner während des letzten Jahre rapide wachsenden Industrie und dem agrarischen Süden ist es zu einem ernsten Konflikt gekommen, dessen glückliche Beilegung im Interesse Rußlands nur gewünscht werden kann. Während im Norden die Maximalisten gegenwärtig dominieren, scheint der Süden und insbesondere die Ukraine im Bunde mit den Kosaken zu stehen. Die maximalistische Regierung hat sich nun mit einem in der Form eines Aufrufes gefälschten Ultimatum an die Leitung der Ukraine, die Kaba, gewandt und mit Eröffnung der Feindseligkeiten gedroht, wenn die Ukrainer nicht einlenken. Geht dies letztere nicht, dann dürfte es noch zu schweren Kämpfen im eigenen Lande und je nach dem Ausgange derselben um eine schwere Gefährdung der Erzeugnisse der russischen Revolution kommen. Rußland steht also wieder einmal vor folgenreicheren Stunden.

Wir lassen nachstehend die eingegangenen Meldungen folgen:

Nach einer Privatmeldung Reuters aus Petersburg hat die Zentralrada der Ukraine eine Rundgebung an das Volk der Ukraine erlassen, in der sie die demokratische Republik der Ukraine ausruft, welche der russischen Bundesrepublik zugehören soll. Bis die konstituierende Versammlung der Ukraine im Januar zusammentritt, soll die gesamte Regierungsgewalt in den Händen der Kaba und des Generalsekretariats bleiben. Die Kaba erklärt weiter, daß die ukrainische Republik sich aus folgenden Gouvernements zusammensetzen wird: Kiew, Podolien, Wolhynien, Kolutawa, Tschernigow, Tschernoslaw, Charkow, Cherson und Taurien, ausschließlich der Krim. Auch die Gouvernements Kurland, Estland und Livland sollen zur Ukraine gehören, wenn die Bevölkerung dies selbst beschließt. Die Rundgebung erkennt die Grundsätze der Entleerung ohne Entschädigung für Privatlandereien, Klosterbesitz und gewisse andere Landereien der Kirche an. Sie wird die Interessen der Landarbeiter und der Kosaken wahrnehmen. Die Kosaken beizien den westlichen Teil des Gouvernements Waronesch-

Petersburg, 19. Dezember. (Reuter-Nachricht.) Die Ukrainer entwarfen die Truppen der Maximalisten und trieben sie aus dem Gouvernement Kiew und der Stadt Komedon (?).

Nach den letzten Berichten aus Odessa besetzten ukrainische Truppen das Arsenal, die Telegraphen- und Telephonämter. Auch das Stadttheater ist im Besitze der Ukrainer. Die Bolschewiki beherrschen noch den Hafen.

London, 19. Dezember. Der Petersburger Korrespondent der „Daily News“ meldet, daß die Ukraine sich Kaledin angeschlossen hat und sich mit Sibirien und dem Kaukasus zu verbünden trachtet.

### Die Ukraine gegen die Maximalisten.

Amsterdam, 19. Dezember. Reuter meldet aus Petersburg vom 18. Dezember: Der Bürgerkrieg breitet sich längs der Wolga nach Norden und von Astrachan bis Samara aus. Astrachan ist im Besitze der Bolschewiki. Es wird aber gemeldet, daß zehntausend Kosaken nur mehr 20 Kilometer von der Stadt entfernt waren. Wahrscheinlich begann der Kampf bereits. Die Bolschewiki verfügen über zahlreiche Maschinengewehre, haben aber fast keine Geschütze, während die Kosaken leichte Feldgeschütze haben. In Jarzyn beherrschen weder Bolschewiki noch Kosaken die Lage. Beide wurden durch Kaledins Anhänger geschlagen. Von Drenburg rückt der Kosakenführer Bortow gegen Samara vor.

Petersburg, 17. Dezember. (Nachricht der Petersburger Telegraphenagentur.) Im Interesse der Einheit und Brüderlichkeit der im Kampfe für den Sozialismus bedrückten und ausgebeuteten Massen der Arbeiter und angeführten der Anerkennung dieser Grundzüge durch viele Entschlüsse der revolutionären Vertretungen der Demokratie und der Sowjets, besonders des ersten Kongresses der Sowjets aus ganz Rußland, und der sozialistischen Regierung Rußlands, bestätigt der Sowjet der Volksbeauftragten das Recht aller durch die Zarenherrschaft und das Bürgertum unterdrückten Völker des großen Rußland auf freie Entwicklung, einschließlich ihr Recht, sich von Rußland zu trennen. Daher erkennt der Rat der Volksbeauftragten die Republik des ukrainischen Volkes an, sowie ihr Recht auf die vollständige Trennung von Rußland und auf den Beginn von Verhandlungen mit der russischen Republik über ihre gegenseitigen Beziehungen, setzen es folge eines Bündnisses oder andersartiges. Die nationale Rechte und die Unabhängigkeit des ukrainischen Volkes werden von dem Rat der Volksbeauftragten ohne Einschränkung und bedingungslos anerkannt. Die Rada der Ukraine nahm sich heraus, Truppen der Sowjets, die in der Ukraine standen, zu entlassen. Unterstützt die Rada die Verschwörung gegen die Regierung der Sowjets, indem sie sich auf die, übrigens nur angeblichen, Selbstständigkeitsrechte des Don- und Kubangebietes beruft und so die revolutionsfeindliche Erhebung Kaledins deckt, indem sie sich den Interessen und der Aufforderung der ungeheuren Mehrheit der bedrückten Kosaken widersetzt, öffnet die Rada den Tschupra Kaledins den Weg durch ihre Gebiete, indem sie anderen Truppen den Durchgang zuweigt und indem sie auf die Seite des schimpflichen Verrats an der Revolution schlägt und sich anschickt, die schlimmsten Feinde sowohl der Unabhängigkeit der Völker Rußlands, als der Regierung der Sowjets und die Feinde der arbeitenden und ausgebeuteten Massen, die Kadetten und Anhänger Kaledins zu unterstützen, so würde die Rada aus zwingender, ohne Zögern den Krieg zu erklären, selbst dann, wenn die ukrainische unabhängige bürgerliche Republik bereits von der Vertretung der obersten Staatsgewalt formell anerkannt wäre.

Kannmehr legt der Rat der Volksbeauftragten angesichts aller oben angeführten Umstände den Völkern der Ukraine und der russischen Republik folgende Fragen vor: 1. Wird die Rada sich verpflichten, auf jeden Versuch, die Front aufzulösen, zu verzichten? 2. Wird die Rada sich verpflichten, ohne jede Zustimmung des Chefs der Obersten Heeresleitung keine Truppenzüge durchzuführen zu lassen, die in der Richtung auf den Don, nach dem Ural oder nach andern Orten marschieren? 3. Wird die Rada sich verpflichten, jeden Versuch, Regimenter der Sowjets und der Roten Garde in der Ukraine zu entlassen, einzustellen und wird sie diesen die weggenommenen Waffen sofort zurückgeben? Falls nicht binnen 48 Stunden eine zufriedenstellende Antwort gegeben sein sollte, wird der Rat der Volksbeauftragten die Rada als im Zustande offenen Krieges gegen die Macht der Sowjets in Rußland und der Ukraine befindlich ansehen.

Der Rat der Beauftragten des Volkes.

## Die Kriegslage.

Berlin, 19. Dezember, abends. (Schl.)  
Vor den Kriegshauptplätzen nichts Neues.

Wien, 19. Dezember. (Schl.)  
Österreichischer Kriegshauptplatz  
Kriegshauptplatz.

Italienischer Kriegshauptplatz.  
Ostlich der Brenna haben die Truppen der I. u. I. 4. Infanteriedivision und das I. u. I. Infanterieregiment Nr. 7 unter erfolgreicher Mitwirkung der Artillerie trotz der ungünstigen Witterung die feindlichen Stellungen bei Mt. di Sopra sowie den Monte Polone gekämpft. Bei der Abwehr der feindlichen Gegenangriffe wurde der Erfolg auf dem Monte Polone noch erzielt. 48 Offiziere und 3600 Mann wurden gefangen eingeschickt. Die 14. de Monte Polone wickeln deutsche Truppen vorwärts feindliche Angriffe ab.

## Rußland.

Polnische Emigranten wollen nach Polen zurückkehren.  
Wie in Stockholm polnischen Kreisen verlautet, beabsichtigt derzeit eine große Zahl polnischer Emigranten, aus Rußland und Schweden ins Königreich Polen zurückzukehren. Es handelt sich hauptsächlich um bemittelte Personen, wie Kaufleute und Grundbesitzer.

Die russische Nationalversammlung.  
Die russische Konstituante wird voraussichtlich noch Wochenlang erschwert werden. Die rechtsstehenden Parteien treten wahrscheinlich vollständig zusammen. Auch die Linke mit der Sowjet-Exekutive bildet vielleicht einen Konzern. Auch eine Auflösung der Konstituante ist möglich. Die Petersburger Gewerkschaften und der Arbeiterwart wollen die Nacht nicht der Konstituante überlassen. Das bloßbezügliche Parlament wird nicht

die in den Landbezirken herrschende Stimmung über die Konstituante. Die Lage ist kompliziert. Bisher sind nur wenige Kadetten-Deputierte verhaftet.

### Ein Fünf-Männer-Rat in Petersburg.

Das Volkskommissariat beschloß, zur Erledigung politischer Fragen einen Fünf-Männer-Rat zusammenzusetzen, der aus Lenin, Trozky, Dybenko, Menschinski und Podwojski bestehen soll. Die Regierung beabsichtigt, 4 Milliarden Rubel zu emittieren. Auf Kerenski wird in Petersburg Jagd gemacht. Man verspricht höchste Geldprämien für seine Verhaftung. Nach einer Agentur-Nachricht versammelten sich die Matrosen der Ostseeflotten-U-Boote und verlangten die Verhaftung des ehemaligen Zaren mit seiner Familie auf Befehl des Revolutionskomitees nach Kronstadt.

### Wie die Bolschewiki regieren.

Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hat über die Requirierung warmer Sachen für die Soldaten an der Front folgende Verfügung getroffen:

1. In Petersburg sind in jeder reichen Wohnung je eine warme Decke und ein warmes Kleidungsstück beschlagnahmt. Alle zu liefernden Sachen müssen sich in gutem Zustande befinden. Wer unbrauchbare Sachen liefert, hat eine Geldbuße bis zu 500 Rubel zu gewärtigen.
2. Als reiche Wohnung gilt jede einzelne Wohngelegenheit, für die 2400 oder mehr Rubel Miete gezahlt werden.
3. Zweck Kontrolle der eingehenden Sachen sind die Inhaber reicher Wohnungen verpflichtet, sofort, spätestens bis zum 12. November, unter Androhung einer Strafe von 500 Rubel, eine Erklärung über die von ihnen für die Front zu liefernden warmen Sachen in zwei Ausfertigungen abzugeben. Mit der Requirierung dieser Winter Sachen werden die Wohnungs-Komitees beauftragt.

Die russische bürgerliche Presse ist über diesen Erlaß der Bolschewiki sehr entrüstet, obwohl dazu wohl kaum ein Grund vorliegt.

### Die schändlichen Kleinbauern für die Bolschewiki.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Am 18. Dezember fand die Eröffnung der Konferenz der Bauern statt, die wenig oder keinen Landbesitz in Schland haben. 150 Abgeordnete sind eingetroffen; die politische Stellungnahme ist ausgesprochen bolschewikisüchlich.

## England.

### Die Fliegerangriffe auf London.

Aus London wird amtlich gemeldet: Feindliche Flugzeuge überflogen die Küste von Kent und Essex 6.15 Uhr nachmittags und näherten sich London. Einige Flieger erreichten den Bezirk London und warfen Bomben ab. Ebenfalls warfen sie Bomben über Kent und Essex. Meldungen über Menschenverluste und Sachschaden sind noch nicht eingegangen. Unsere Abwehrgeschütze und ebenbürtige Flugzeuge traten in Tätigkeit.

Aus den letzten Berichten geht hervor, daß 16 bis 20 feindliche Flugzeuge an dem Entiongriff der letzten Nacht teilgenommen haben. Drei Gruppen von Flugzeugen überflogen die Küste von Kent zwischen 6.15 Uhr und 6.25 Uhr, drei andere Gruppen kamen zwischen 6.10 und 6.45 Uhr über die Küste von Essex. Alle sechs Gruppen flogen nach London. Die meisten Flugzeuge wurden durch Geschützfeuer an verschiedenen Orten zur Rückkehr gezwungen; nur etwa fünf Maschinen erreichten zwischen 7 und 8 Uhr die Hauptstadt und warfen dort Bomben ab. Nachdem der Hauptangriff auf London aufgehört hatte, flog um etwa 9 Uhr noch ein einzelnes Flugzeug über die Hauptstadt.

### Die Zwangsrationierung in England.

Lord Rhonda erklärte in einer Ansprache an die Lebensmittelkommissionen der Londoner Distrikte, man brauche nicht zu fürchten, daß die Deutschen England aushungern werden. Man werde aber Entbehrungen ertragen müssen. Es sei nicht genug Margarine, Butter und Speck im Lande. Auch an Fleisch herrsche Mangel. Die Weizenvorräte seien wegen der Bedürfnisse Frankreichs und Italiens schlechter als vor zwei Monaten. Man werde wahrscheinlich zur Zwangsrationierung gezwungen werden.

## Italien.

### Aus der italienischen Kammer.

Nach Meldungen aus Chiasso verlief die dritte Geheim Sitzung der italienischen Kammer noch stürmischer als die beiden ersten. Verschiedene Zwischenfälle machten lange Unterbrechungen nötig. So warf Orlando einigen Sozialisten und Giollitianern vor, mit französischen Kriegsgegnern Geheimigungen gehabt zu haben.

Auf den Zuruf eines sozialistischen Abgeordneten hand Orlando auf und erklärte: „In vier Monaten ist Friede!“

Ein Giollitianer rief: „Nein! In zwei Monaten wird man Frieden schließen!“

Orlando: „Ja nicht!“

Die Giollitianer: „Aber wir!“

Nach dem „Messaggero“ werden die Geheimigungen auch in dieser Woche fortgesetzt werden. Inzwischen macht Orlando durch immer zahlreicher werdende Verhaftungen und Anklageerhebungen gegen die Giollitianer die mächtig im Westen begriffene Friedensbewegung zu unterdrücken. Ein immer freudvoller, Große Campaign, wurde wegen verästelnder Umtriebe in Untersuchung genommen. Der Kammer liegt ferner ein Antrag des Justizministers auf Aufhebung der Immunität einiger sozialistischer Abgeordneter vor.

So geht man Del ins Feuer!

## Der Seetrieg.

### Die Kriegsschiffverleste der Entente.

Durch die Verlebung des inangeführten Panzerkreuzers „Cherubini“ liegen die Kriegsschiffverleste der Entente seit Kriegsbeginn nunmehr auf 300 Einheiten mit einer Gesamtwertung von 1 000 806 Tonnern. Dabei sind nicht mitgerechnet Hilfskreuzer von denen 51 Fahrzeuge von insgesamt 358 000 Tonnern registriert, und Hilfskreuzer, von denen 38 mit 146 000 Br.-R.-T., außer Vorpollenthoosten und bewaffneten Fischdampfern vernichtet wurden. Die vorstehenden Zahlen geben nur die einwandfrei von uns festgestellten oder vom Feinde selbst zugegebenen Verluste an. Die tatsächlichen Verluste werden aber nicht unerheblich höher sein, da der Feind an der Verheimlichung von Schiffsverlusten durch Minen häufig großes Interesse hatte. An den Verlusten der 300 Kriegsschiffe sind beteiligt: England mit 177 Einheiten von 588 390 Tonnern, Frankreich mit 48 Einheiten von 109 000 Tonnern, Rußland mit 36 Einheiten von 91 540 Tonnern, Italien mit 25 Einheiten von 76 450 Tonnern, Japan mit 8 Einheiten von 26 875 Tonnern, die Vereinigten Staaten, Portugal und Rumänien mit 6 Einheiten von 8551 Tonnern. Die Gesamtverluste der Entente erreichen nunmehr nahezu den Bestand der deutschen Flotte zu Kriegsbeginn. Sie betrug 1 019 417 Tonnern.

### Ueber die Versenkung des Geleitzeuges

durch leichte deutsche Seestreitkräfte sind nach die folgenden Einzelheiten bekannt geworden:

Auf südlichem Kurs, in der Höhe von Ustjra, etwa 50 Kilometer von Land, kamen am 12. Dezember kurz nach Mittag Rauchwolken an Bord vor aus in Sicht, auf die mit vermehrter Fahrt zugehalten wurde. Beim Näherkommen wurde ein Geleitzeug, bestehend aus sechs Dampfern verschiedener Größe, vier Bewachungsfahrzeugen und Fischdampfern und zwei Zerstörern neuester Bauart erkannt. Dort der gefährlichen Führung blieben die Engländer bis zum Eröffnen des Feuers darüber im Unklaren, wen sie vor sich hatten. Bald waren unsere Boote auf 3000 Meter heran und eröffneten auf die gänzlich überraschten Zerstörer das Feuer. Mit hoher Fahrt vorauslaufend, ließen die Engländer ihren Geleitzug im Stich und versuchten zu entkommen. Eines der deutschen U-Boote setzte sich mitten zwischen die Dampfer und Bewachungsfahrzeuge, beschahl den Befehlungen auszuführen, und begann dann mit der Versenkung. Die drei übrigen folgten dem stehenden Feinde und überhüllten ihn mit Granaten. Fast in jeder Sekunde wurden Treffer erkannt, obwohl das Abkommen den Geschützführern in dem schweren Gesang und die Munitionsvorkantung beträchtliche Schwierigkeiten machten. Schon nach zehn Minuten blieb der hintere englische Zerstörer „Partridge“ schwer beschädigt liegen; er hatte anscheinend einen Treffer in die Hauptkampfbreite erhalten. Nach wenigen weiteren Minuten sank er. Leichter entkam der andere Zerstörer, aber nicht ohne erhebliche Beschädigungen erhalten zu haben. Unter außerordentlichen Schwierigkeiten gelang es den „Barbaren“, die Überlebenden des gesunkenen Zerstörers zu bergen. Zurückkehrend zum Geleitzuge, bot sich den deutschen Booten ein eigenartiges Bild. In den verschickten Stellungen lagen die Dampfer durcheinander. Teilweise waren sie von der Wasseroberfläche verschwunden, teilweise waren sie noch im Begriff, zu sinken. Soweit die Dampferbesatzungen einmündig waren, wurden sie an Bord genommen. Viele im Wasser liegende wurden aufgefischt. Alle waren des Dankes und des Lobes voll über die ihnen zuteil werdende Behandlung.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Ein Waffenstillstandsvorschlag.

18 Mitglieder verschiedener Parteien der Schweizer Bundesversammlung haben beim Bundesrat angefragt, ob es nicht Zeit sei, bei den kriegführenden Staaten gegen die wirtschaftlichen Einschränkungen zu protestieren und bei den Neutralen einen gemeinschaftlichen Schritt im Sinne des Angebots aller Dienste zur Abnähmung von Verhandlungen für einen allgemeinen Waffenstillstand über die Weihnacht- und Neujahrszeit anzuregen.

### Wiederaufnahme der türkischen Handelschiffahrt auf dem Schwarzen Meer.

Wie die Väter aus Konstantinopel melden, sind einige Seeschiffe und andere kleine Fahrzeuge aus dem Hafen von Konstantinopel, sowie aus den Häfen des Schwarzen Meeres ausgelassen. Die türkische Seeschiffahrt wird demnach im Schwarzen Meer den Dienst für den Reisenden- und Warentransport wieder aufnehmen. Ein Schiff geht morgen nach Jungulbak ab.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Gegen die Kartoffellieferungsverträge.

Der Reichsverband deutscher Städte (die Organisation der kleinen und mittleren Städte) hat dem Kriegsernährungsamt mitgeteilt, daß er die Kartoffellieferungsverträge ablehne und darum bitte, an dem jetzigen Kartoffelverordnungsplan nichts zu ändern.

#### Die preussische Jungtergarde gegen die Regierung.

An die beiden Häuser des preussischen Landtages ist aus den preussischen Ostmarken eine Eingabe gerichtet worden, die bisher über 60 000 Unterschriften gefunden hat. Die Eingabe gibt, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, der bange Sorge und der Beunruhigung bereiten Ausdruck, mit der die eingewiesenen Deutschen der preussischen Ostmark in die Zukunft blicken, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß die Politik der Reichsregierung in Polen die Lage des ostmärkischen Deutschtums bedrohlich gestaltet. Die ostpreussischen Junter befürchten mit Recht, daß nach dem Kriege und nach der Neugestaltung Polens eine Abwanderung deutscher Volksteile aus den ostpreussischen Gefilden mit Sicherheit zu erwarten ist. Sie erwarten daher Schutz durch das preussische Dreiklassen-Parlament, indem die Ostpreußen-Politik energig fortgesetzt und das bestehende Wahlgesetz zum Junter-Parlament beibehalten wird. — Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt zu der Eingabe vielsagend: „Der Wucht dieser Darlegungen und der ausschließlichen aus den vier national gemischten ostmärkischen Ostprovinzen stammenden zahlreichen Unterschriften wird sich weder die königliche Staatsregierung noch der Landtag entziehen.“ — Die Staatsregierung wird sich diese Sache hoffentlich noch zweimal überlegen, denn das wirkliche preussische Volk hat hierzu auch noch ein Wortchen mitzureden.

#### Die Vaterlandspartei gegen die Wahlreform.

Die Vaterlandspartei behauptet bekanntlich immer, daß sie sich mit den Dingen der inneren Politik nicht befasse. Wie wenig dies der Wirklichkeit entspricht, beweist eine Versammlung, die die Ortsgruppe der Partei in Bielefeld am 15. Dezember dort abgehalten hat. Der Redner des Abends, Universitätsprofessor Dr. Hoffmann (Münster), sagte am Schluß seines Vortrages, der die bekannten Forderungen der Partei vertrat: Mit der preussischen Wahlrechtsvorlage hat uns die Regierung ein Rucksei in das Reß gelegt. Das preussische Wahlrecht mag verfassungsbedürftig sein, aber die Form der Veränderung geht

die Ansichten aber auseinander. Mit der Einbringung der Vorlage in diesem Augenblick hat die Regierung eine unverantwortliche Sünde getan. Das Waffrecht ist unseren Soldaten so wichtig, daß kein einziger darüber redet; Interesse daran haben nur ein paar Parlamentarier. In uns allen ist wohl der Wunsch, daß wie wir dranhin unsere Geschicke in die Hände eines mächtigen Mannes legen, wir auch im Innern einen solchen haben möchten, der Waffrecht Waffrecht sein läßt.

Die Reichstagsersatzwahl in Bonn-Rheinbach. In diesem früheren Zentrumswahlkreise, in dem 1912 den fast 23 000 Zentrumstimmen nur etwa 9000 andere Stimmen gegenüberstanden, hat sich das Zentrum bei der jetzigen Ersatzwahl eine Doppelpartitur geleistet, die auf eine starke Spannung in den eigenen Reihen des Zentrums schließen läßt. Rechtsanwalt Herrmann wurde gewählt. Jetzt liegen auch die Stimmenzahlen vor. Herrmann erhielt 1467 sein Gegner, Justizrat Dr. Abs-Bonn 2113 Stimmen. Der Gewählte von den beiden Zentrumsmännern gehört zu der demokratisch gerichteten Strömung im Zentrum. Dr. Abs dagegen zu den Zentrumstreifen, die nach rechts Anstrich haben. Daß ersterer siegte, darf als ein Beweis für die Stärke der demokratischen Richtung um so mehr betont werden, als der Wahlkreis Bonn-Rheinbach eine überwiegend kleinstädtisch-bäuerliche Bevölkerung aufweist, dagegen nur verhältnismäßig wenig Industrie hat. Die Elemente des Zentrums, die in Preußen dem gleichen Wahlrecht widerstreben, können sich die Bonner Wahl als warnendes Beispiel für die Stimmung im Zentrumskloß dienen lassen.

Politische Verhaftungen in Köln. Der Vorstand des „Unabhängigen“ Sozialdemokratischen Vereins in Köln, zwei Männer und zwei Frauen, ist am Sonntag verhaftet worden. Die Verhaftung wirkt um so auffälliger, als der „Unabhängige“ in Köln nach ihrem eigenen Zeugnis in der agitatorischen Tätigkeit große Freiheiten gelassen waren. Herzfeld, Erdmann und Bernitz in konnten in öffentlichen Versammlungen mit vollem freier Diskussion reden. — Die Behörde gab bisher über die Gründe der Verhaftungen keine Auskunft. Sie hält die Unversehrtheit aber für so schwerwiegend, daß eine Haftentlassung nicht in Frage kommen könne. Mit der Verhaftungstätigkeit der „Unabhängigen“ in Köln habe die Verhaftung nichts zu tun. — Unser Führer Parteiblatt erhebt gegen die Festsetzung der „denkbar ungefählichen Personen“ Einspruch.

Das Protokoll vom Würzburger Parteitag ist eingegangen und kann von den Parteigenossen zum Vorzugspreise von 2,30 Mk. pro Exemplar im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, an Wochentagen, mittags zwischen 12 und 2 Uhr, abends zwischen 6 und 7 Uhr, in Empfang genommen werden. Auch nicht im voraus bestellte Exemplare sind vorrätig.

Hinterbliebenenrenten in der Angestelltenversicherung. Mit Ende dieses Jahres entsteht für die Hinterbliebenen von Versicherungsmitgliedern in der Angestelltenversicherung ein Anspruch auf Hinterbliebenenrenten. Wer nämlich der Angestelltenversicherung als Pflichtversicherter unterliegt und als solcher seit Beginn des mit dem 1. Januar in Kraft getretenen Versicherungsgesetzes für Angestellte ununterbrochen keine Beiträge geleistet hat, erfüllt mit dem Dezemberbeitrag die Wartezeit für den Anspruch auf die Hinterbliebenenrenten.

Ein Wandkalender überreichte der Verlag des „Lübecker Volksboten“ bisher alljährlich zur Weihnachtszeit seinen Lesern, ohne daß dafür ein besonderes Entgelt gezahlt werden mußte. Der Krieg, der so viele Umwälzungen gebracht hat, bestrafte leider auch dieses kleine Entgeltlosen der Zeitungen an ihre Abonnenten. Infolge des herrschenden Papiermangels ist nämlich verboten worden, Wandkalender unentgeltlich den Blättern beizugeben. Dem müssen auch wir uns fügen. Da der Verlag des „Volksboten“ aber weiß, daß Tausende den Wandkalender sehr entbehren werden, so hat er sich entschlossen, denselben in einfacher Weise auf Karton herzustellen und ihn zum Preise von nur 10 Pf. abzugeben. Er ist jetzt in der Expedition, Johannisstraße 46, und demnächst bei den Austrägerinnen unseres Blattes zu haben.

Das Protokoll vom Würzburger Parteitag ist eingegangen und kann von den Parteigenossen zum Vorzugspreise von 2,30 Mk. pro Exemplar im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, an Wochentagen, mittags zwischen 12 und 2 Uhr, abends zwischen 6 und 7 Uhr, in Empfang genommen werden. Auch nicht im voraus bestellte Exemplare sind vorrätig.

Hinterbliebenenrenten in der Angestelltenversicherung. Mit Ende dieses Jahres entsteht für die Hinterbliebenen von Versicherungsmitgliedern in der Angestelltenversicherung ein Anspruch auf Hinterbliebenenrenten. Wer nämlich der Angestelltenversicherung als Pflichtversicherter unterliegt und als solcher seit Beginn des mit dem 1. Januar in Kraft getretenen Versicherungsgesetzes für Angestellte ununterbrochen keine Beiträge geleistet hat, erfüllt mit dem Dezemberbeitrag die Wartezeit für den Anspruch auf die Hinterbliebenenrenten.

Allgemein dauert allerdings die Wartezeit bei den Hinterbliebenenrenten 120 Beitragsmonate, also 10 Jahre, und sind weniger als 60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspläne nachgewiesen, sogar 150 Beitragsmonate (§ 48 des Angestelltenversicherungsgesetzes). Für die Uebergangszeit bestimmen aber das Gesetz: „In den ersten zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes genügt zur Erfüllung der Wartezeit bei den Hinterbliebenenrenten (§ 48 Nr. 2) das Zurücklegen von lediglich Beitragsmonaten auf Grund der Versicherungspläne.“

Auf die Wartezeit und bei Berechnung der Hinterbliebenenrenten werden nach der Bundesratsbestimmung vom 26. August 1915, rückwirkend für die Zeit vom 1. August 1914, als Beitragsmonate angerechnet, soweit sie in vollen Monaten bestehen, in denen die Versicherter im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reich oder dessen Verbündeten Kriegsdienst, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet haben. Für die Anrechnung ist die Gehaltsklasse des letzten, dem 1. August 1914 vorhergehenden Monats maßgebend, für den ein Pflichtbeitrag entrichtet ist.

Die Witwenrente (oder Witwenrente) wird nach einem „Ruhegehalt“ berechnet, das ein Viertel des Wertes der in den ersten fünf Beitragsmonaten entrichteten Beiträge beträgt. Zwei Fünftel dieses Ruhegehalts bilden den Betrag der Witwenrente, also zwei Fünftel mal ein Viertel der Summe aus den ersten 60 Monatsbeiträgen. Von dem Betrage der Witwenrente erhalten die Witwen je ein Fünftel, die Doppelwitwen je ein Drittel als Witwenrente.

Anträge auf Gewährung der Hinterbliebenenrenten sind an den Rentenausschuß der Reichsversicherungsanstalt in Berlin zu richten, doch können sie rechtswirksam auch bei einem anderen Organ der Reichsversicherungsanstalt oder bei einer anderen inländischen Behörde gestellt werden.

Ein schauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag am Elbe-Trave-Kanal zwischen der St. Jürgenbrücke und der Seefahrtschule. Dort hatten zwei, 8 und 9 Jahre alte, Schüler, deren Eltern in der Trendelenburgstraße wohnhaft sind, an der Böschung des Kanals gespielt und wahrscheinlich die auf dem Köhler befindliche dünne Eisdecke auf ihre Haltbarkeit geprüft. Augenzeugen ist, daß sie hierbei eingebrochen und extra-

## Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 20. Dezbr. (Amtl.)

Wöchlicher Kriegsausgang.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Stadt Digmuiden lag zeitweilig unter lebhaftem Mienenfeuer. Zwischen dem Houthousterwald und der Oms, sowie südlich der Scarpe am Nachmittag und Abend erhöhte Artillerietätigkeit. Bei Oms heftige Mienenwerferkämpfe.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht von Württemberg.

Weiterwärts von Ornes und auf den Maashöhen südwestlich von Combres lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.

Wöchlicher Kriegsausgang

Nichts Neues.

Macedonische Front.

Am Wardar und zwischen Wardar und Doitan-See war die Feuerfähigkeit gesteigert.

Italienische Front.

Mehrere italienische Gegenangriffe gegen die neu gewonnenen Linien am Monte Pertica wurden abgewiesen.

Am Tomba-Rücken und an der Piave zu beiden Seiten des Montello lebhaftes Artilleriefeuer.

Zwischen Brenta und Piave wurden seit dem 11. Dezbr. an gefangenen Italienern 278 Offiziere und 8150 Mann eingebracht.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

ten sind, denn beide konnten nur als Leichen an der Unglücksstelle aus dem Kanal gezogen werden.

Der Weihnachtsmarkt wird auch in diesem Jahr wieder abgehalten. Auf dem Marktplatz war man gestern eifrig damit beschäftigt, nach alter Weise eine Auktionen zu richten, in der diesmal fast ausschließlich Spielwaren, Schmuckwaren und andere Weihnachtsgüter feilgeboten wurden. Runderosen, Eindrücke, Kuchens und die mit so beliebten „Beigen“ fehlten diesmal. Sie sind vom Krieg verschlungen worden, der an dem oberflächlichem Bild des Ganzen wenig verändert hat. Morgen erfolgt die Eröffnung des Weihnachtsmarktes.

Die Straßenbahn verkehrt seit gestern wieder. Allerdings ist der Betrieb nur in beschränktem Umfang aufgenommen worden und mancherlei Störungen ereigneten sich infolge Mängel in der Stromzuführung. Immerhin haben schon optimistische Leute die Hoffnung, daß die Straßenbahnschwierigkeiten nunmehr in absehbarer Zeit wohl völlig behoben sein werden.

Kündigt nicht ohne zwingenden Grund. Die täglichen Erfahrungen des Einigungsamtes zeigen immer wieder, daß ein Teil des Publikums viel zu leichtfertig bei dem Ausprechen von Wohnungs kündigungen ist. Geht das Einigungsamt in seinen Verhandlungen den einzelnen Fällen auf den Grund, so sind meist die Gründe, die den Vermieter zum Kündigen veranlassen, kleinliche Streitigkeiten zwischen Vermieter und Mieter über den Inhalt des Vertrages oder Zwischenfälle rein persönlicher Natur, die vielfach durch das enge Zusammenwohnen der Parteien in einem Hause oder durch sonstige Reibungen veranlaßt sind. In allen derartigen Fällen ist nach Ansicht des Einigungsamtes sehr wohl ein zünftiger Ausgleich zwischen den in Anfruchen lebenden Parteien möglich, ohne daß dies äußerliche Mittel, die Kündigung, angewandt zu werden braucht. Namentlich jetzt, wo die Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1917 zum Schutz der Mieter dem Einigungsamt die Befugnis gibt, auf Antrag durch einen befähigten Mieter jede Kündigung für unwirksam zu erklären, die nicht in besonderen Umständen ihre Berechtigung findet, muß sich jeder Vermieter auch schon im vorläufigen Interesse unnütze Kosten und unnütze Arbeit bei Umgehungen ersparen, vielmehr eine Kündigung auszuspüren. Angesichts der jetzt herrschenden schwierigen Wohnungsverhältnisse, die auch durch die kürzlich erfolgte Schaffung eines Wohnungsnachweises kaum wesentlich gebessert werden dürften, ist das Einigungsamt gezwungen, ausgesprochene Kündigungen auf Antrag nur in wirklich dringenden Fällen für wirksam zu erklären. Vermietern und Mietern wird empfohlen, sich während der jetzigen Kriegszeit auch mit diesen Schwierigkeiten tunlichst abzufinden und in Streitfällen zunächst die Vermittlung des Einigungsamtes anzurufen.

Kriegsunterstützungen. In gegebener Veranlassung weist die Kriegsunterstützungskommission darauf hin, daß die Empfänger von Kriegsunterstützung im eigenen Interesse gut tun, den rüffeligen Aufwand der Ausweisliste genau zu beachten und insbesondere in den dort bezeichneten Fällen die vorgeforderte Meldung nicht zu versäumen. Dem Bureau (siehe Seite 52) ist ungesäumt Mitteilung zu machen, wenn Veränderungen in den Verhältnissen des Einberufenen oder in der Familie eintreten. Insbesondere ist anzugeben: 1. Entlassung des Einberufenen aus dem Militärdienst, also auch Entlassung zur Zivilarbeit; 2. Arbeitsurlaub; 3. Beförderung zum Feldwebel-Leutnant; 4. Jubiläumswahl; 5. Ableben von Familienangehörigen; 6. erstmalige Auszahlung von Hinterbliebenenrenten; 7. Gewährung von Unterstützung seitens des Arbeitgebers des Einberufenen und endlich 8. Wohnungswechsel. Insbesondere bei Entlassung oder Beurlaubung zur Arbeit sowie beim Ableben von Familienmitgliedern wird erfahrungsgemäß die vorgeforderte Meldung oft unterlassen, und es erwacht dann, wenn etwas später die Kommission auf amtlichem Wege Kenntnis von der Veränderung der Verhältnisse erhält, den Beteiligten Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten, besonders wenn ein zu Unrecht erhaltener Betrag zurückzahlen ist. Jeder mache darum ungeläufig die erforderliche Mitteilung, um sich Weiterungen zu ersparen.

Verkauf von holländischen Hühnern und geschlachteten gestorenen Gänzen. Die Ausgabe der bisher bestellten Hühner findet am Freitag vormittag statt. Weitere Bestellungen werden entgegen genommen. Wie aus der heutigen Bekanntmachung des Ernährungsausschusses hervorgeht, sollen auch geschlachtete gestorene Gänse ohne Anrechnung auf die Fleischkarten zum Verkauf gelangen. Bestellungen hierauf werden am Donnerstag und Freitag vormittag vom Markthallenamt entgegen genommen. Die Ausgabe der bestellten Gänse geschieht am Sonnabend vormittag.

Der Verein zur Förderung der Wirtschaftlichen Arbeit hielt am 13. Dezember eine gut besetzte Mitgliederversammlung ab, in der wiederum 7 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Der Vorliegende erwähnte anerkennend, daß keines der Volkswirtschaftlichen Anträge des Vorstandes für den laufenden Monat den Ratgebern für ihr Geschick gutes Kurier überwiesen sei und sprach dabei die Hoffnung aus, daß wie in Zukunft geschieht, dies auch ferner der Fall sein möge. Als Tagespunkt der Tagesordnung folgte die Besprechung über die in der letzten Versammlung bereits diskutierten Klubausstellungen. Die Anwesenheit, die nur von Mitgliedern besucht werden kann, findet am 20. Januar 1918 in den Räumen der Gesellschaftshaus Monopol statt. — Außer von einem Mitgliede zur Verlegung genellten Ehrenpreisen wird für die nächsten noch weitere Ehrenpreise bei den Mitgliedern ein Bestimmung von Ehrenpreisen. Da der über die von dem Verein dem Ratgebern übergebenen werden soll, jetzt hoffentlich ein recht

versuch des Rückfalls den Verein in die Lage, durch Überweisung eines solchen Ertrages der Allgemeinheit in dieser schweren Zeit zu dienen.

„Hänel und Gretel“, das bekannte Märchen, das seit so vielen Jahren die Kinderherzen gefangen nimmt, gelangte gestern nachmittags im Marmoraal des Stadttheaters zur Aufführung. Die Erwachlenen, die darin mitwirkten, blieben dem Gesichtskreis der zahlreich erschienenen Kinder entzogen; man hörte sie nur. Dafür sah man auf der hübsch und nett hergerichteten Bühne kleine Personen sich bewegen. Der Hänel und die Gretel, die Eltern der beiden Knipserkinder, deren Ende im Märchen den frühlichen Beifall der Augen findet, und ein in das Märchen hineingelassener Schneider, sie alle da, man auch nur in Gestalt von Puppen, und die Kinder freuten sich darüber. Es sollen demnächst weitere Vorstellungen dieses neuen Theaters für die Dugend folgen, die wohl auch stark besucht werden.

Guin. Die Lebensmittelversorgung der hiesigen Bevölkerung wird immer schlimmer. Werden die Waren weiterhin erst am Anfang des darauffolgenden Monats geliefert, so zum Beispiel für Oktober erst den 4. November, so erhält jetzt die Bevölkerung für November und Dezember je ganze 125 Gramm Getreide und 125 Gramm Honig, ein Quantum, welches die Einwohner vieler Städte in jeder Woche erhalten. Das macht auf 81 Tage pro Tag 4 1/2 Gramm. Wie sich davon die arbeitende Bevölkerung ernähren soll, mag der Himmel wissen. Können die Herren, die diesen grandiosen Ernährungsplan ausgearbeitet haben, mit 4 Gramm pro Tag wirklich auskommen? Wie wenig man der Arbeiterkraft in dieser ersten schweren Zeit entgegenkommt, resp. wie wenig Rücksicht man auf sie nimmt, zeigt deutlich, daß die Stadtküche, welche noch im vorigen Jahre im Oktober eröffnet wurde, bis jetzt ihre Hüllen geschlossen hält. Man hört noch nichts davon, wann dieselbe eröffnet werden soll, und doch sind hier viele Familien, Frauen und namentlich Kriegsfrauen, die geradezu auf die Stadtküche angewiesen sind, da sie in dieser ersten, schweren und teuren Zeit auf den Erwerb ausgehen müssen und die Stadtküche ihnen eine kleinere Erleichterung verschafft. — Laut Bekanntmachung des Kriegsernährungsamtes sollen in allen Orten Aushilfsküchen errichtet werden. Hier in Guin haben wir, obwohl seit diesem Erlass sieben Monate ins Land gegangen sind, noch nichts von einem solchen Aushilfsküchen gehört noch gehört. Dieser Aushilfsküche nicht nötig zu sein für Guin. Die Herren rechnen das wohl so am besten unter sich. Und doch wäre ein solcher Aushilfsküche in Guin dringend erforderlich, in dem die Arbeiterkraft ihrer Stärke entsprechend vertreten sein müßte, da viele Leute der hiesigen Einwohnerzahl im höchsten Grade erbittert sind über die völlige ungenügende Verteilung der Lebensmittel. Dieser Aushilfsküche konnte geradezu als Ventil für die aufgeregten Gemüter wirken. Der Oberaufsicht für das Fürstentum ist seit August gebildet worden, aber noch nie zusammengetreten, trotzdem § 8 bestimmt, daß die zur Verteilung gelangende Lebensmittelmenge an die Schwere- und Schwerkraftarbeiter nach Anhörung des Aushilfsrates, der je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen soll, festzusetzen ist.

Hamburg. 10 000 Mark Geldstrafe für Kriegswucher. Nach Kriegsausbruch besaß sich der Kaufmann Louis Herzberg, der bis dahin hauptsächlich einen Getreidegroßhandel betrieben hatte, mit dem Handel von Gegenständen des täglichen Bedarfs. Außer anderen Waren verkaufte er auch Tonnenweise in großen Mengen. Bei diesem Geschäft hat er sich eines ganz erheblichen Reichtums erfreut. Nach dem Feststellen eines Reichsrentenrichters soll Herzberg in der Zeit vom September bis Dezember 1915 bei 400 Geschäften mit Tonnenweise einen Gewinn von 17 bis 137 Prozent erzielt haben. Bei einem Einstandspreis von 72 000 Mk. soll er 1 140 000 Mk. profitiert haben. Der Angeklagte behauptet aber, daß sein Gewinn nicht annähernd so hoch gewesen sei, da seine Umsätze von mindestens 19 000 Mk. in Bezug gebracht werden müssen. Das Gericht nahm auch zugunsten des Angeklagten die hohen Speizen an und kam zu dem Urteil, daß er doch mindestens 48 Prozent verdient hatte. Das Urteil lautet wegen Kriegswuchers auf 10 000 Mk. Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis.

Hamburg. Die Bürgerchaft beschloß gestern mit einer Gaspreis Erhöhung auf 20 Pf. für den Rubfometer. Eine längere Aussprache riefen die von sozialdemokratischer Seite und von der Linken dazu gestellten Anträge hervor. Auch die Antragsteller erkannten die Notwendigkeit der Erhöhung infolge der Steigerung der Produktionskosten an, hielten aber eine Begrenzung der Dauer dieser Erhöhung durch Einführung einer entsprechenden Verringerung in das Gesetz für erforderlich. Schließlich fand ein Antrag Annahme, daß die Erhöhung für drei Jahre Gültigkeit haben solle. Zu dem Senatsantrag auf Bewilligung weiterer 20 Millionen Mark für die durch den Krieg erzwungenen Ausgaben nahm Rat der Aufsicht, auf die angeforderte Einschränkung der zur Verteilung kommenden Rationierungen und die dringende Aufforderung des Verbands der Verteilung von Kartoffeln an das Vieh, mit Ausnahme der Schweine, hinzuweisen und zu fordern, daß die nötige Energie aufgewendet werde, um die Produktion auf dem Lande reiflos zu erhalten und dadurch dem hülflosen Getreide- und Muckerhandel entgegenzutreten und daß die Kartoffeln zunächst für die Ernährung der „zweiheiligen Individuen“ vorbehalten werden, um diesen das Durchhalten zu ermöglichen. Speziell Hamburg stehe hinsichtlich der Rationierung von allen größeren Städten am schlechtesten. Scharfe Kritik an dem gegenwärtigen System der Volksernährung wurde besonders von den Genossen Henje, Hoffmann und Schrader geübt. Schließlich wurde der Senatsantrag einstimmig angenommen und damit die für Kriegsausgaben in diesem Jahre bewilligte Summe auf 160 Millionen Mark erhöht. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, der die Nachbewilligung von 85 000 Mark für die Hafenkraftwerke forderte, wurde ohne Erörterung erledigt.

Sternberg. Der Ständetag fordert die Abregulierung eines freisinnigen Reichstagsabgeordneten. Ein Beschuß, der für den im mecklenburgischen Landtag herrschenden „Weißen“ Bande spricht, wurde von dieser Körperschaft dieser Tage gefaßt. Hinter verschlossenen Türen hat man dem liberalen Reichstagsabgeordneten Sinfowich den Prozeß gemacht, ihn angeklagt und verurteilt. Er soll, geht es nach dem Willen dieser Leute, aus dem Amte als Lehrer am Seminar zu Lübbchen hinausgeworfen werden. Dieser Gewalttät gegen einen misliebigen Reichstagsabgeordneten wurde unter Voranfragen der Fahne des Patriotismus eingeleitet, was der Prozedur natürlich nichts von ihrem Genuß nimmt. Zur Behandlung stand der Etat des Lehrerseminars. Man füßte die Deffektivität mit folgendem Bericht darüber:

Wegen des Oberschülers Sinfowich wird darauf hingewiesen, daß derselbe wiederholt bei Verbereden für die 7. Kriegsanleihe Neuerungen getan hat, die geeignet sind, das Durchhalten und den Siegeswillen des Volkes zu mindern und unvereinbar mit seiner dienlichen Stellung. Die Herabwürdigung eines willensstarken, alles Schmere der Zeit ertragenden und vaterländisch gesinnten Lehrers erachtet dadurch gefährdet. Stände beantragen deshalb baldmöglichste Entfernung des Oberschülers Sinfowich aus seinem Amte durch Disziplinarverfahren oder Pensionierung mit vollem Gehalt.

Das also ist alles, was zur Beurteilung über die geplante politische Abregulierung unterbreitet wird! Man erfährt nicht einmal, ob denn wirklich keiner der Landtagsherren die Verpflichtung in sich fühlte, gegen diese politische Verfolgung zu protestieren. „Stände beantragen“, den Hg. Sinfowich aus dem Lehrertum zu werfen; wer nicht pariert, der fliegt. Keine Stimme auf dem Landtag, keiner der Bürgermeister hat Einspruch erhoben gegen die Art, wie hier ein Abgeordneter zum Reichstag seiner politischen Betätigung wegen als Beamter-Stranguliert werden soll? Sinfowich hat in einer Versammlung in Gremesmühlen ein paar Sätze gesprochen, die die Alldutschen zur Ursache nahmen, Strafen zu machen, und die ihm jetzt der Strid werden sollen. In der politischen Welt wird man aufhorchen. Medienwelt wird durch diesen Streik keines sogenannten Landtags auch nur durch



### Gebt mehr Kartoffel!

Die Volksernährung geht wieder einmal drohenden Zeiten entgegen, auf die der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften die für die Volksernährung zuständige Reichsstelle in einer Eingabe dringend aufmerksam macht. Diesmal ist es wieder die Kartoffelversorgung, auf die die ernsteste Beachtung hingeleitet wird. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
Berlin, den 17. Dezember 1917.

Die hohe Bedeutung, die die Kartoffelversorgung im kommenden Jahre für die Ernährung der Bevölkerung beansprucht, veranlaßt uns, dem Kriegsernährungsamt die Besenden zum Vortrag zu bringen, die wir gegen die bisher getroffenen Maßnahmen erheben müssen.

Wir erkennen gerne an, daß in diesem Jahre die Deckung des Bedarfs für die städtische Bevölkerung erheblich besser nonlantiert gegangen ist, als in den Jahren voraus. Das kann uns aber nicht in Sicherheit wiegen über die Versorgung bis zu Ende des Wirtschaftsjahres. Wir nehmen zu unserem Bedauern wahr, daß die Annahme, wir verfügen über eine außerordentlich günstige Ernte, zu einer umfangreichen Verfüllung der Kartoffeln verleitet. Auch der günstigste Ertrag der Ernte muß hierbei schnell aufgebraucht werden. In letzter Zeit ist uns Mitteilung geworden, daß die Militärverwaltung erhebliche Mengen Kartoffeln zur Verfüllung freigibt, aus einer Stapelstation wird uns berichtet, daß täglich 7 Pfund Kartoffeln pro Pferd verüßert werden. Wenn diese Maßnahme der Militärverwaltung in größerem Umfang ergriffen wird, so wird weit über das zulässige Maß in unsere Kartoffelbestände eingegriffen. Dazu kommt, daß die Verfüllung in landwirtschaftlichen Betrieben außerordentlich schwer zu kontrollieren ist und weit über das Quantum von 20 Prozent Schwind, in der auch die Verfüllungsmenge umfallen ist hinnehmen müssen wird. Die Maßnahmen, die von der Reichsstelle für die Versorgung im nächsten Frühjahr getroffen sind, geben uns keine genügende Sicherheit. Die Erfahrung in diesem Jahre hat ergeben, daß im Frühjahr die den Provinz-Kartoffelstellen auferlegte Lieferungsverpflichtung nur zu ungefähr 52 Prozent erfüllt wurde. Es ist allerdings in diesem Jahre die Vorfrage getroffen, daß durch Lieferungsverpflichtung der Ueberlieferungsstellen an die Bedarfsgemeinden die notwendigen Mengen gedeckt werden sollen. Wir bezweifeln, daß die hier vorgesehenen verhältnismäßig hohen Vertragsstrafen die Bestände vor dem Zugriff des Landwirts sichern und es erscheint uns sehr fraglich, ob nicht, wenn die Kartoffeln in der eigenen Wirtschaft des Landwirts verbraucht sind, der Durchführung der Vertragsstrafe ein erheblicher Widerstand entgegenzusetzen wird. Wir sind gegenwärtig noch der Meinung, daß die Gemeinde, die zur Lieferung der Kartoffeln herangezogen wird, auf eigenes Risiko die Kartoffeln für den Frühjahrbedarf eumieten mußte, um sie vor jedem Zugriff sicher zu stellen. Können wir für den Frühjahrbedarf die Deckung nicht herbeiführen, so würde für unsere Ernährung ein Zustand eintreten, wie wir ihn bisher in den Kriegsjahren noch nicht erlebt haben. Bevor dieser Bedarf nicht gedeckt ist, muß jede Verfüllung unterbunden werden.

Aus allen Teilen des Reiches erhalten wir Zuschriften die mit zunehmender Eindringlichkeit die Forderung erheben, das bisher gewährte Kartoffelquantum von 7 Pfund pro Woche auf 10 Pfund zu erhöhen. Die Gründe, die vom Kriegsernährungsamt gegen diesen Anspruch geltend gemacht werden, können wir nicht als berechtigt anerkennen. Das Kriegsernährungsamt stellt seiner Verfassung für die Kartoffelversorgung eine Ernte von 345 Millionen Tonnen

zur Grundlage, während in landwirtschaftlichen Kreisen, wir bezweifeln, daß auch auf die Schätzung des Grafen von Schwerin-Löwisch, eine Ernte von 38 bis 40 Millionen Tonnen angenommen wird. Die Reichsstelle rechnet mit einer Anbaufläche von 2,96 Millionen Hektar. Das würde einen Rückgang der Anbaufläche um über eine Million Hektar gegen das Jahr 1915 bedeuten. An einen Rückgang in diesem Umfang glaubt niemand. Aber selbst bei dieser ganz unhaltbar niedrigen Annahme über die Größe der Anbaufläche rechnet die Reichsstelle nach den von ihr geforderten Mengen mit einer Abgabepflicht des Landwirts pro Hektar von 127 Zentnern, oder pro Morgen 32,5 Zentner. Daß diese Abgabe mit Leichtigkeit um einige Zentner erhöht werden kann, liegt außer allem Zweifel. Würde man die Kartoffelmengen um 3 Pfund pro Woche für einen Zeitraum von rund 25 Wochen erhöhen, so würde das eine Mehrlieferung von ungefähr 1,5 Millionen Tonnen für die städtische Bevölkerung ergeben. Eine solche Zulage würde manche Sorge um das Durchkommen im Haushalt beseitigen; die Abgabe wäre möglich nach allem, was wir über den Ertrag der Ernte erfahren haben.

Die weiteren Einwände, daß wegen der Transport-schwierigkeiten diese Versorgung nicht möglich ist, müssen entschieden bestritten werden es wird bei einigem guten Willen und unter Berücksichtigung des Ernstes der Situation wohl möglich sein, diese höhere Belieferung durchzuführen. Dabei scheint nicht einmal in allen Städten die Ration von 7 Pfund Kartoffeln verteilt zu werden, denn aus Breslau wird uns berichtet, daß dort nur 6 Pfund zur Verteilung gelangen. Das muß in der Bevölkerung um so bitter empfunden werden, als Breslau in einem Bezirk mit starkem Kartoffelanbau liegt und hier die Versorgung zu keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten führen kann.

Berücksichtigen wir, daß bei dem Mangel an Fett, Fleisch, Hülsenfrüchten, Brot und Mehl der Bedarf an für die Ernährung notwendigen Kartoffeln erheblich gesteigert wird, auch der erhoffte Ausgleich im Konsum von Gemüse nicht eintreten konnte, weil hier die Ernte den Bedarf nicht deckte, so bleibt für unsere Ernährung die Kartoffel ein wichtiger und wertvoller Bestand, der zunächst für die menschliche Ernährung sichergestellt werden muß. Jeder Versuch, Kartoffeln in höherem Maße der Viehhaltung zuzuführen, stellt die Ernährung der Bevölkerung in Frage.

Wir machen mit allem Nachdruck auf diese ernste Situation in unserer Nahrungsmittelversorgung aufmerksam und betonen noch einmal, daß die bisher getroffenen Maßnahmen keine Sicherheit für die Versorgung der Bevölkerung enthalten. Wir schließen uns insbesondere auch der sehr ernsten Vorstellung, den der Deutsche Städtetag in seiner Eingabe vom 26. November d. Js. geltend machte, an und fordern dringend, daß dieser vereinten Vorstellung das Kriegsernährungsamt Rechnung trägt. Die hier erhobenen Wünsche, die auf die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung Rücksicht nehmen, müssen erfüllt werden, weil sie Anforderungen enthalten, ohne die ein Auskommen für die städtische Bevölkerung unmöglich ist.

Ergeben

In das  
Kriegsernährungsamt.  
Berlin.

C. Legien. Fr. Ebert.

### „Socialiste Belge“ flagt die Entente an.

Unter der Überschrift: „Wer ist verantwortlich? Was ist leicht zu tun?“ behandelt „Socialiste Belge“ vom 15. Dezember die Ursachen der Mißerfolge der Bemühungen des holländisch-

landinischen Komitees, die Stockholmer Konferenz zustande zu bringen. Er schreibt: „Stockholm ist ein Mißerfolg. Und was sind die Folgen? Der Friede ist für Rußland — wie schon Kerenski einem amerikanischen Tagesheftsteller erklärte — eine Lebensfrage. Die Entente-Regierungen wollten sich auf die Wünsche des russischen Volkes nicht einlassen. Das russische Volk verlor jedes Vertrauen zur Entente, und es kam der Augenblick heran, wo die Volkswelt die Macht an sich rissen. Jeder Lenin noch Trotski sind für die Lage verantwortlich, wohl aber sind es diejenigen, die dem Stockholmer Gedanken feindlich waren und die Stimme der Revolution nicht hören wollten. Die Entente lehnte das Angebot Lenins und Trotskis ab; die Mittelmächte nahmen es an und begannen die Verhandlungen, die zu einem Sonderfrieden führen können. Deutschland rettete sich wirtschaftlich während des Krieges und nach dem Kriege; ebenso kann es seine Weisheit erheblich verstärken.

Frankreich aber, das ehle Frankreich, ist fast erschöpft; und wenn England noch nicht erschöpft ist, so erleidet es doch empfindliche Verluste; Italien hat nur geringe Hoffnungen. Man sagt uns: Amerika wird uns retten! Wir bitten daran erinnern zu dürfen, daß man im Jahre 1914 und 1915 gesagt hat: England wird uns retten. Aber es hat uns nicht gerettet. Kann Amerika uns retten? Und wird es nicht zu spät sein?

Das ist die Bilanz von fast 3 1/2 Jahren. Neue Umschlachtungen von Millionen Menschen stehen uns bevor. Verantwortlich hierfür sind diejenigen Regierungen und diejenigen Sozialisten (die französischen und belgischen Reichsbevollmächtigten), die gegen Stockholm wirkten und das internationale Proletariat verhindern den Weltfrieden wieder herzustellen.

In den Artikeln des „Socialiste Belge“ heißt es zwar nicht an Anklagen gegen den preussischen Militarismus und die deutsche sozialistische Mehrheit, aber die Verantwortung für den Stockholmer Mißerfolg kann er ihnen nicht zuschreiben. Schließlich wird ein energisches Zusammenwirken des Weltproletariats gegen den Krieg gefordert.

### Außerordentlicher Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes.

Hannover, den 17. Dezember 1917.  
Ein außerordentlicher Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes, der erste seit Kriegsausbruch, trat heute in Hannover zusammen. Auf der Tagesordnung stehen außer Berichten und einem Referat über Lage und Aufgaben des Verbandes in der Hauptsache Anträge auf Änderung des Statuts. Der Hauptvorstand beantragt eine zeitgemäße Erhöhung der Beiträge und eine dementsprechende Erhöhung der Sätze für die Erwerbslosenunterstützung und Gemahntgeltunterstützung.

Verbandsvorsitzender Brey hob in seinem Bericht hervor, daß der Verband die Kriegskrisis im allgemeinen gut überstanden und sich von dem bei Kriegsausbruch hereinfließenden Mitgliederzuwachs gut wieder erholt hat. Trotzdem hätten die wirtschaftlichen Nöte im allgemeinen nicht aufzuheben, sondern niederdrückend gewirkt. Die außerordentlichen Leistungen der Organisationskommission für Kriegsnotlagenunterstützungen erforderten 1.111.000 Mark. Der Redner schäuferte weiter die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Ernährungspolitik und in den übrigen durch den Krieg herausgeschworenen Fragen. Er kam zu dem Ergebnis, daß der Verband sich mit der Tätigkeit des Vorstandes während der Kriegszeit als starker Maß für die heimgebliebenen Kollegen bewährt, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig beeinflusst und darüber hinaus auch den im Felde stehenden Kollegen Hilfe geleistet habe.

Aus dem Kassenbericht ergab sich, daß der Vermögensbestand in der Hauptkassa gegenüber dem Ende des Jahres 1913 um etwa 300.000 Mark zurückgegangen ist.

Es folgte der Bericht der Redaktion der Verbandszeitung, den Redakteur Schneider erstattete. Aus ihm ist besonders hervorzuheben, was er über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften ausführte. Das Wort Bismarcks: Partei und Gewerkschaften sind eins, sei sehr ansehnlich schon zu der Zeit gewesen, in der es ausgesprochen wurde. Seitdem aber nunmehr die Partei selbst nicht mehr eins sei, müsse man dahinter ein noch größeres Fragezeichen setzen. Die Gewerkschaften müßten

### Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schädling.

29. Fortsetzung.

Richard war im Begriffe, sich nach diesen Gegenständen zu bücken, um sie näher zu betrachten, als er die Schritte, vor denen er gestanden war, ganz in seiner Nähe hörte; sie kamen eben in das Schlafzimmer, wo die Leiche lag, und Richard vernahm eine unangenehme, etwas schrille Stimme, die sagte: „Da liegt er! Ich habe nie eine große Meinung von den Tugenden und der moralischen Seelengröße dieses Monsieur d'Espaville gehabt — aber, daß ihn der Teufel schon so früh holte, ist doch ein klein wenig hart!“

Diese Worte wurden in einem sehr akzentuierten und sehr mislautenden deutschen Dialekt gesprochen, den Richard sich erinnerte, bei Espaville gehört zu haben.

„Es bleibt bei allem, was Sie mir gesagt haben, doch ein höchst merkwürdiger Fall, Herr Polizeirat, der mir noch immer große Dunkelheiten hat!“

Diese Antwort wurde im Dialekt der Landessprache gegeben.

„Dunkelheiten? Was kann da noch dunkel sein?“

„Ein Mann wie dieser Hammerbesitzer — und gar ein junges Mädchen wie Sibylle Ritterhausen! Ist es nicht unglaublich...“

„Mein lieber Untersuchungsrichter“, antwortete der Eschäffer, „unglaublich ist nichts. Dies Wort müssen Sie freilich aus Ihrem Geschäftsstil. Wenn Anzeigen vorhanden sind, daß ich, der Polizeirat Ermanns, das Licht aller Behörden der öffentlichen Sicherheit im Großherzogtum, falsche Wechsell gemacht oder überne Böffel gestohlen habe, so sagen Sie nicht: unglaublich! Untersuchungen Sie, was kann Sie bei dieser Angelegenheit in Verwunderung setzen? Das Verhältnis des Monsieur Ritterhausen zu diesem Gute hier haben Sie mir gestern selbst auseinandergesetzt. Den Entwurf des Briefes, welchen der Graf von Espaville an Ritterhausen geschrieben, haben wir hier gefunden. In Angst und Schrecken verfiel durch diese Öffnung, hat der Herr Ritterhausen seine Tochter abgeschickt, um zu parlamentarieren mit dem Grafen. Er kannte diesen Herrn Grafen nicht. Er wußte nicht, daß der Graf in einem kleinen vertraulichen Kreise dem Großherzog gegenüber sein Wort verpfändet hatte, er würde dieses Mädchen verführen. Sie können sich nun denken, welchen Charakter das Letztere der Demoselle Ritterhausen und des Grafen angenommen haben wird. Der Herr Graf werden alle Vorteile ihrer Lage den Ritterhausen gegenüber haben ausbeuten wollen; er hat dem jungen Mädchen Zutritt gemacht, welche diese tödlich beleidigt haben; und nun haben beide, Vater und Tochter ohne viel Gemühschmerz diesen vermaledeiten Franzosen, der dem Vater, Haus und Hof und der Tochter die Ehre rauben wollte, daran glauben lassen. Sie haben ihn beseitigt, man am, oder besser, stumm gemacht, wie Sie ihn da sehen. — Wir ist dabei gar nichts dunkel, nicht einmal, was die Kesselfrau des Grafen von Espaville in der andern Welt angeht. Ich bin ganz überzeugt, der Zeremonienmeister der Unterwelt hat ihn längst zur Coure bei seiner diabolischen Majestät vorgestellt, und der Satan hat keine Freude

ausgedrückt, endlich eine längstgehoffte Bekanntheit zu machen!“

„Aber Sie leugnen stolz und zornig, die Ritterhausen“, fiel der andere ein.

„Man kennt das“, versetzte der mit dem Eschäffer Dialekt. „Es wird Sie nicht retten vor der Guillotine. Der Großherzog war befreundet mit dem Eschäffer.“

Wir brauchen nicht zu sagen, mit welcher Aufregung und wie erschütterter Richard diese Unterredung belauschte, die deutlich und la, daß ihm kein Wort entging, in seinen Winkel drang. Trotz allem, was er vernahm, und trotz allem, was irgend hätte gesagt werden können, um Sibylle Ritterhausen zu einer Mörderin zu stempern, stand der Glaube an ihre Unschuld festest in seiner Seele. Aber ebenso klar wurde ihm aus diesen Reden, wie hoffnungslos und verzweifelt ihre Lage den Untersuchungsbeamten und den Gerichten gegenüber sein mußte. Das Wort Guillotine, welches bald darauf von den Lippen des einen der Sprechenden fiel, traf ihn vollends wie ein Stich ins Herz.

Er sollte noch ein zweites Wort vernehmen, das beinahe eine ähnliche Wirkung auf ihn übte. Und dies Wort wurde wieder von dem, der sich das Licht aller Behörden der öffentlichen Sicherheit genannt hatte, gesprochen und hieß: Verleumdung!

„Wo ist nun das Verleumdung?“ fragte Monsieur Ermanns, „ich denke, es muß hier dieses Kullstid in den Lambris sein!“

Er trat in diesem Augenblick an die bezeichnete Stelle heran. Richard hatte rasch und instinktiv seine Hände an das bewegliche Holzstück gelegt und suchte es durch das höchste Aufgebot seiner Kraft fest an seiner Stelle zu halten. Aber er fand zu seiner Unterstützung dabei keinen Borsprung, nichts, was ihm als Handhabung gebietet hätte. Draußen war jetzt auch der Untersuchungsrichter heangetreten und brühte aus Leibesträften — das Holzstück bewegte sich und — schoß wieder in seine alte Lage zurück.

„Mein Gott, das ist ja als ob jemand von innen festhielt!“ rief der Untersuchungsrichter aus.

„Fast so in der Tat!“

„Versuchen wir's noch einmal mit aller Kraft!“ fuhr der Richter fort.

Jetzt gab das Holzstück soweit den vereinten Anstrengungen der beiden Männer nach, um einer Hand Raum zu gewähren, sich einzuschieben; im nächsten Augenblick fuhr eine starke Männerhauf — es war die des Untersuchungsrichters — in den Spalt herein, und nun lag das Holz zur Seite — die ganze Öffnung klappte auf.

Noch eine Hoffnung blieb dem Eingeschlossenen. Vielleicht begünstigen sich die beiden Männer damit, in das Versteck nur hineinzublicken. Wenn Richard sich dann dicht an die Mauer drückte, in die dunkelste Ecke, so war es möglich, daß sie ihn übersehen.

Während er diese Stellung einnahm, sah er den Kopf des einen der Männer in die Öffnung lugen.

„Ich sehe niemand“, sagte dieser dabei... es war der, den er hatte Untersuchungsrichter nennen hören.

„Ich meine, es wäre mehr Sache der Polizei, ihre Nase in alles zu stecken“, versetzte scherzend der andere Beamte. „Jedenfalls ist die Polizei der Vorkäufer der Justiz, also en avant, Monsieur!“

„Aber da muß man ja kriechen auf allen vierten!“

„Das können Sie immer noch eher als ein Priester der Themis“, lachte der Untersuchungsrichter.

„Was ist da nun zu machen?“ fragte Monsieur Ermanns, ließ sich auf die Knie nieder und steckte den Kopf durch die Öffnung. Er sah eine Weile hinein, wie um seine Augen erst an die größere Dunkelheit zu gewöhnen, welche in dem kleinen Raum herrschte. Dann sagte er: „Es liegen da allerlei Gegenstände auf dem Boden. Die Inspektion aus der Ferne wird nicht hinreichen — man wird sich beugen müssen, hineinzuschauen... und dann fuhr er in der Tat mit dem Oberkörper in die Lambrisöffnung — aber viel schneller kam er erschrocken wieder heraus.

„Alle Teufel!“ rief er halblaut und sehr blaß geworden.

„Was ist?“ fragte der Untersuchungsrichter, „was haben Sie?“

„Es steht ein Mann drin!“ flüsterte Monsieur Ermanns, die Zeichen des Schreckens noch in allen Zügen.

„Best“, rief der andere Beamte, „der Mörder! und dabei blühte er angsterfüllt umher, ob nicht irgendeine Waffe in der Nähe sei.“

„Was ist da nun zu machen?“ fragte Monsieur Ermanns.

„Wir müssen unsere Leute herbeirufen.“

„Ich will hinunter...“ erwiderte der Untersuchungsrichter.

„Ich dank Ihnen“, versetzte Monsieur Ermanns, „damit der Mensch unterdes Zeit gewinnt, über mich herzufallen und sich zu retten. Bleiben Sie ruhig bei mir — ich will schon selbst die Leute rufen und zwar ja!“

Bei diesen Worten zog er ein Terzerol mit zwei Läufern aus der Tasche und spannte die Hähne; er war ja im Begriff es abzuschließen, um auf diese Weise seine Leute, die unten harren mochten, herbeizurufen, als ihm der Untersuchungsrichter in dem Arm fiel.

„Aber zum Henker, wenn Sie abhauen, so sind wir ja ganz ohne Waffe wider den Verbrecher, der jeden Augenblick heraufkommen und sich auf uns stürzen kann!“

„Nur ruhig, ich habe immer noch einen Schuß in Reserve.“

„Nur ruhig, ich habe immer noch einen Schuß in Reserve.“

„Nur ruhig, ich habe immer noch einen Schuß in Reserve.“

(Fortsetzung folgt.)

Eine Statistik von Goethes dramatischem Schaffen.

Goethes dramatisches Schaffen umfasst allein ein ganzes Lebenswerk. Es besteht aus zehn fünftägigen großen Dramen, sieben kleineren Dramen, sechs Singpielen, zehn satirischen Opern, fünf Fest- und Vorspielen sowie fünfzehn Maskenspielen zu Festlichkeiten des weimarer Hofes. Dazu kommen noch die beiden fünftägigen Uebersetzungen von Voltaires „Mahomet“ und „Tancrède“.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Unser Weihnachtsgeschenk des Ernährungsausschusses

Am 10. Dezember ist ein Weihnachtsgeschenk des Ernährungsausschusses an die Mitglieder der Konsumvereine in Form von Mehl und Zucker verteilt worden. Mir kommen heute wieder zwei Städte vor die Augen, wo weitherziger verfahren wurde.

Frühe Fische! — Geräucherter Fische!

An den letzten Tagen der verfloffenen Woche waren endlich die langvermissten Dorische in der Markthalle zu kaufen. Warum kamen diese lieblichen Fische erst so kurz vor Mittag zum Verkauf?

Ein Hungriger!

Kriegsverletzte und Straßenbahn. Vor einiger Zeit war eine Bitte des Landesauschusses für Kriegsverletzte, bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen der Straßenbahn die Kriegsverletzten erst zu berücksichtigen, erschienen.

nach einander als früher sich zu dem Standpunkt bekennen, daß sie auf kein politisches Programm eingeschworen seien. Ihren Mitgliedern weder ein politisches noch ein religiöses Glaubensbekenntnis abverlangten. Das heißt durchaus keine neue Einsicht, sondern nur die korrekte Durchführung des alten Statuts.

Die Konsumvereine während des Krieges.

Am des Schicksal der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter während des Krieges hatte man sich in den beteiligten Kreisen oft die ernstesten Sorgen gemacht. Auch in den Konsumvereinen waren vor dem Kriege häufig Beschränkungen laut geworden, ob wohl das Gefüge dieser verhältnismäßig jungen Wirtschaftsgestalten den Erschütterungen einer Kriegszeit-Anforderung Stand zu halten vermochte.

Table with 2 columns: Year (1914, 1917) and various financial metrics (Mitglieder, Eigenkapital, etc.)

Die Steigerung der Mitgliederzahlen darf als ein Zeichen der gesteigerten Anerkennung der Konsumvereine in den bisher fernstehenden Verbraucherkreisen bewertet werden. Bei der Erhöhung der Umsatzjiffer spielen selbstverständlich die erhöhten Preise eine sehr wesentliche Rolle, immerhin ist die Umsatzsteigerung in dem Maßstab der Mengen aller Verbrauchsgüter sehr beachtlich.

Ernährungsfragen.

Endlich. Der Kriegsausbruch für tierische und pflanzliche Öle und Fette hat nach Zeitungsberichten, zum Teil wohl dank der Vorbereitungen der Reichsbeleihungsstelle, die bereits zum Handel zugelassenen fettlosen Wässhmittel einer Nachuntersuchung unterzogen und sie namentlich daraufhin geprüft, ob sie infolge ihrer Zusammensetzung die Wässhstoffe mehr als unvermeidbar angreifen oder durch irreführende Bezeichnungen oder Anpreisungen über die Minderwertigkeit hinwegtäuschen.

Glänzende Kartoffelernte — für die Schweine.

Der „Erfolger Kurier“ enthält folgende Notiz: „Vom Lande. Die glänzende Kartoffelernte hat auf die Schweinehaltung anregend gewirkt. Überall im Lande sind die Schweinemärkte überaus stark besucht. Nachfrage nach jungen Ferkeln zur Aufzucht treibt die Preise immer höher, jetzt bis auf 120 Mk. für ein Ferkel von acht Wochen.“

Aus dem Gerichtssaal.

Hundefutter als menschliche Nahrung. Vor dem Schöffengericht in Kottbus hatten sich der dortige Abbedereibehrer Julius Babel, seine Ehefrau und die auf dem Abbedereigrundstück wohnende Arbeiterfrau Heilmann wegen Verstoßes gegen das Nahrungsmittelgesetz, Fleischbeschaugesetz und Kadavergesetz zu verantworten.

Das Urteil im Prozeß gegen den Kommerzienrat Schönbach.

Das Urteil im Prozeß gegen den Kommerzienrat Schönbach ist am 10. Dezember in Berlin gefällt worden. Schönbach wurde wegen falscher Auskunft gegenüber der Reichsbeleihungsstelle zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Glänzende Fische. Der Fischehändler Hans Hesse ist von Berlin auf dem Postwege in Kottbus eingetroffen. Er hat die Straße von 10 Logen in 34 Minuten zurückgelegt.

Verantwortlich: Redakteur: Johannes Stelling. Verlag: Th. Schwart, Druck: Friedrich Meyer & Co. Gedruckt in Kottbus.